



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 7.2.2025  
C(2025) 940 final

Seiner Exzellenz  
Herrn Mag. Alexander Schallenberg

Bundeskanzler und Bundesminister  
für europäische und internationale  
Angelegenheiten  
Minoritenplatz 8  
A - 1010 Wien

**Betreff:           Notifizierung 2024/0627/AT**

**Gesetz, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz 2020 (Wr. VG)  
geändert wird**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der  
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft <sup>1</sup> notifizierten die österreichischen Behörden der Kommission am 19. November 2024 den Entwurf zum „Gesetz, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz 2020 (Wr. VG) geändert wird“ (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Laut Notifizierungsmitteilung und Folgenabschätzung zielt der notifizierte Entwurf darauf ab, Regeln für bestimmte öffentliche Veranstaltungen im Land Wien festzulegen, um die Umwelt vor negativen Einflüssen zu schützen, Besucherinnen und Besucher bei bestimmten Veranstaltungen vor Belästigungen zu schützen und größere, lange bestehende und für Wien bedeutende Veranstaltungsstätten zu schützen.

---

<sup>1</sup>) Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Bemerkungen vorzubringen.

Mit dem notifizierten Entwurf wird neben anderen Änderungen des Wiener Veranstaltungsgesetzes 2020 (im Folgenden „Basisrechtsakt“) eine Überschrift für „umweltgerechte Veranstaltungen“ eingeführt. Mit Nummer 38 des notifizierten Entwurfs wird der Basisrechtsakt geändert, indem für bestimmte Veranstaltungen die Anforderung eingeführt wird, dass die Veranstalterin bzw. der Veranstalter ein „Umwelt- und Abfallkonzept“ erstellen muss:

*„(2) Bei Veranstaltungen, an denen insgesamt mehr als 2 000 Besucherinnen bzw. Besucher teilnehmen können, hat die Veranstalterin bzw. der Veranstalter ein Umwelt- und Abfallkonzept zu erstellen und zur Einsichtnahme für Organe der Behörde und der Landespolizeidirektion Wien jederzeit bereitzuhalten.*

*(3) Das Konzept hat jedenfalls folgende umweltrelevante Aspekte zu enthalten:*

- 1. Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder eines Fahrrads für die An- und Abreise zur Veranstaltungsstätte,*
- 2. Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs,*
- 3. Maßnahmen zum schonenden Umgang mit Wasser,*
- 4. Maßnahmen zur Verwendung von ökologischen Materialien,*
- 5. Gegebenenfalls Verwendung von umweltverträglichen Give-aways,*
- 6. Schutz des Bodens und der Vegetation bei Freiluftveranstaltungen,*
- 7. Maßnahmen zur ressourcensparenden Ausgabe von Speisen und Getränken (z.B. keine Ausgabe von Portionsverpackungen oder von Kapselsystemen, Angebot von Leitungswasser).*

*(4) Das Konzept hat jedenfalls folgende abfallrelevante Aspekte zu enthalten:*

- 1. eine Beschreibung der Art der Veranstaltung und eine Darstellung der abfallrelevanten Abläufe, die Anzahl der Personen, die an der Veranstaltung teilnehmen können, oder bei Veranstaltungen im Freien die Angabe der Fläche, die für die Besucherinnen bzw. Besucher öffentlich zugänglich ist;*
- 2. Angaben über Art, Menge und Verbleib der im Zuge der Veranstaltung zu erwartenden Abfälle;*
- 3. Maßnahmen zur Abfallvermeidung (zB Verwendung von Großgebinden), Wiederverwendung (zB Mehrwegverpackungen, Bühnenaufbauten), getrennte Sammlung und Behandlung;*
- 4. organisatorische Vorkehrungen zur Einhaltung abfallwirtschaftlicher Rechtsvorschriften.“*

Die Kommission stellt fest, dass die Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien <sup>2</sup> unter anderem auf eine Verringerung der Lebensmittelverschwendung abzielt. Insbesondere verpflichtet Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe g der genannten Richtlinie die Mitgliedstaaten, Maßnahmen zu ergreifen, um

*„die Verschwendung von Lebensmitteln in der Primärerzeugung, Verarbeitung und Herstellung, im Einzelhandel und anderen Formen des Vertriebs von Lebensmitteln, in Gaststätten und Verpflegungsdienstleistungen sowie in privaten Haushalten zu verringern, um zu dem Ziel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung*

---

<sup>2</sup>) Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3).

*beizutragen, bis 2030 die weltweit auf Ebene des Einzelhandels und auf Verbraucherebene pro Kopf anfallenden Lebensmittelabfälle zu halbieren und die Verluste von Lebensmitteln entlang der Produktions- und Lieferkette zu reduzieren“.*

Die Kommission stellt fest, dass die Verringerung der Lebensmittelverschwendung offenbar nicht zu den umweltrelevanten Aspekten gehört, die in die Umwelt- und Abfallkonzepte aufgenommen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund werden die österreichischen Behörden gebeten, die Einbeziehung von Aspekten der Lebensmittelverschwendung in die Umwelt- und Abfallkonzepte zu prüfen, die gemäß Nummer 38 des notifizierten Entwurfs für bestimmte öffentliche Veranstaltungen im Land Wien erforderlich sind.

Die Kommission bittet die österreichischen Behörden um Berücksichtigung der vorstehenden Bemerkungen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut nach seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für die Kommission

Sandra GALLINA  
Generaldirektorin

Generaldirektion Gesundheit und  
Lebensmittelsicherheit

